

Ein Dossier der KfW Entwicklungsbank in Zusammenarbeit  
mit der Redaktion WELT-SICHTEN.

# Bildung schafft Entwicklung

Investitionen in Schule und Ausbildung lohnen sich



Ein Mädchen in Palästina hat Spaß am  
Unterricht: Die Finanzielle Zusammen-  
arbeit fördert den Schulbesuch.

KfW-Bildarchiv / Fotoagentur: photothek.net



**Dr. Norbert Kloppenburg**  
ist Vorstandsmitglied  
der KfW Bankengruppe.

Liebe Leserinnen und Leser,

die junge Afghanin Majabin will Lehrerin werden. Die 24-Jährige studiert am „Teacher Training College“ in Mazar-i-Scharif und lernt dort auch mehr über ihre Rechte als Frau. Im palästinensischen Autonomiegebiet träumt die 16-jährige Lana davon, Ärztin zu werden. Sie besucht eine von der KfW Entwicklungsbank geförderte Sekundarschule für Mädchen. Und in einem Slum in Nairobi klärt der Schüler Victor Gleichaltrige über die Gefahren von HIV/Aids auf. Die KfW hat geholfen, dass „seine“ Schule erweitert und renoviert wurde.

Über solche Erfolgsgeschichten berichten wir in diesem Dossier. Sie zeigen, dass sich unsere entwicklungspolitischen Investitionen in Bildung lohnen. Der Besuch einer Schule und später die berufliche und Hochschulbildung schaffen Chancen auf ein besseres Leben. Bildung ist in vielen Entwicklungsländern ein erster Schritt aus der Armutsfalle.

Wir von der KfW Entwicklungsbank tragen seit mehr als 30 Jahren im Auftrag des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) dazu bei, die Bildungssituation weltweit zu verbessern. Damit unterstützen wir das zweite UN-Millenniumsziel: „Grundbildung für alle“ bis 2015.

Auf dem Weg dorthin wurde einiges erreicht: Die Zahl der Kinder, die zur Schule gehen, stieg weltweit von 83 Prozent im Jahr 2000 auf rund 90 Prozent im Jahr 2008. Aber es gibt noch viel zu tun: Immer noch haben 75 Millionen Kinder keinen Zugang zu Bildung.

Wir begrüßen es deshalb ausdrücklich, dass das BMZ die Bildung zu einem Schlüsselsektor der deutschen Entwicklungszusammenarbeit erklärt hat. Neue Anstrengungen in der Grund-, Berufs- und Hochschulbildung unterstützen wir gerne mit unseren Erfahrungen, Kompetenzen und Förderinstrumenten.

Mit besten Grüßen

*Norbert Kloppenburg*

### 3 Perspektiven für die Zukunft

Schulbesuch und Ausbildung verbessern die Lebensbedingungen in Entwicklungsländern

### 8 „Gebildete Menschen sind eine zentrale Ressource für wirtschaftliche Entwicklung“

Doris Köhn, Direktorin der KfW und Bereichsleiterin für Afrika und Nahost, über das Engagement der Entwicklungsbank im Bildungssektor

### 10 Hoffnung durch Bildung

Auch in fragilen Staaten hilft die Schule beim Start ins Leben

### 10 Der Traum von einer Zukunft als Ärztin

In den Palästinensischen Gebieten tragen besonders gestaltete Schulen zu besseren Leistungen bei

### 12 Neue Schulen für Jemens Kinder

Bildungsförderung muss sich an den sozialen und gesellschaftlichen Bedingungen des Landes orientieren

### 14 Im Islam sind Vermittler von Wissen angesehen

An den Lehrerausbildungszentren in Nordafghanistan studieren zunehmend auch junge Frauen aus ländlichen Regionen

### 15 Neue Klassenräume und ein Sportplatz

In den Slums kenianischer Städte werden Schulen nach einem neuen Baukonzept modernisiert und erweitert

### 16 Kochen mit Liebe und Leidenschaft

An der Kochschule „Center for Culinary Arts“ in Manila erhalten sozial schwächer gestellte Jugendliche die Chance auf eine Ausbildung

### 18 Theorie alleine reicht nicht

In Uganda schafft die Berufsausbildung neue Chancen auf Arbeitsplätze

### 19 Die Hochschule kommt zu den Studierenden

In Guatemala können junge Menschen auf dem Land die Universität besuchen



Kinder lernen lesen, schreiben und rechnen:  
Unterricht in Marokko.

# Perspektiven für die Zukunft

## Schulbesuch und Ausbildung verbessern die Lebensbedingungen in Entwicklungsländern

**Alle Mädchen und Jungen sollen bis 2015 zur Schule gehen – so lautet das hochgesteckte zweite UN-Millenniumsziel. Denn Bildung trägt auch dazu bei, Armut zu reduzieren. Studien belegen: Ein Land, das in die Bildung der Kinder investiert, hat langfristig auch wirtschaftlichen Erfolg.**

In Europa, den USA und anderen Industriestaaten ist es heute selbstverständlich oder sogar Pflicht, dass alle Kinder zur Schule gehen. Doch weltweit ist das keineswegs der Fall. Zwar ist die Zahl der Kinder, die keinen Zugang zu Bildung haben, bis 2007 um rund 30 Millionen gesunken. Aber noch immer besuchen weltweit mehr als 70 Millionen Jungen und Mädchen keine Schule.

Ein Hauptgrund dafür, dass Kinder keinen Schulunterricht erhalten, ist Armut: Die Menschen in Entwicklungsländern müssen ihr geringes Einkommen für Essen, Wohnraum oder die Gesundheitsversorgung ausgeben, für den Schulbesuch der Kinder bleibt oft zu wenig. Oder die Kinder müssen selbst im Haushalt oder auf den Feldern mitarbeiten und können deshalb nicht zur Schule gehen.

Bei manchen Eltern fehlt auch die Bereitschaft, ihre Kinder bei der Bildung zu fördern, weil sie selbst keine Schule besuchen konnten. Denn auch viele Erwachsene können nicht lesen und schreiben: Die Zahl der Analphabeten weltweit wird auf rund 760 Millionen Menschen geschätzt, 98 Prozent von ihnen leben in den Entwicklungsländern.

„Bildung für alle“ – „Education for all“ (EFA) heißt deshalb das hochgesteckte Ziel der internationalen Staatengemeinschaft. Es wur-

de erstmals 1990 auf der Weltkonferenz der UN-Organisation für Erziehung, Wissenschaft und Kultur (UNESCO) in Jomtien in Thailand formuliert. Zehn Jahre später trafen sich Vertreter von 164 Ländern erneut zu einem Weltbildungsforum in Dakar im westafrikanischen Senegal. Sie verabschiedeten einen neuen Aktionsplan, der sechs Ziele enthält, die bis 2015 erreicht werden sollen (siehe Kasten).

Im September 2000 kam die internationale Staatengemeinschaft zum Millenniumsgipfel in New York zusammen. Das Jahr 2015 spielte auch dort eine zentrale Rolle, denn bis dahin sollen die acht „Millennium Development Goals“, die Weltentwicklungsziele (MDGs), umgesetzt sein. Bei der größten Herausforderung, die weltweite Armut zu halbieren, ist die Förderung von Bildung eine unmittelbare Voraussetzung. Das zweite und

## Bildung für alle – sechs Ziele

### 1. Frühkindliche Bildung und Erziehung

Die Vorschulerziehung und -betreuung soll, besonders für sozial benachteiligte Kinder ausgebaut und verbessert werden.

### 2. Universelle Grundbildung

Alle Kinder – auch Mädchen, Kinder in schwierigen Lebensumständen und Kinder aus ethnischen Minderheiten – sollen Zugang zu kostenloser, verpflichtender und qualitativer Grundbildung erhalten.

### 3. Lernchancen für Jugendliche und Erwachsene

Es soll sichergestellt werden, dass sowohl junge Menschen, als auch Erwachsene ihren Lernbedürfnissen entsprechend Zugang zu Lernprogrammen haben sowie Training zu Basisqualifikationen („life skills“) erhalten.

### 4. Alphabetisierung Erwachsener

Die Analphabetenrate soll um 50 Prozent gesenkt werden – besonders unter Frauen. Ein gerechter Zugang zu Grund- und Weiterbildung soll erreicht werden.

### 5. Ausgleich der Geschlechterdisparitäten im Bildungswesen

Bis zum Jahre 2005 sollen Ungleichheiten im Bildungszugang von Mädchen und Jungen im Primär- und Sekundärbereich aufgehoben werden. Die Gleichheit der Geschlechter im Bildungsbereich soll bis zum Jahre 2015 erreicht sein.

### 6. Bildungsqualität

Die Qualität der Bildung soll in jeder Hinsicht verbessert werden, so dass wahrnehmbare und messbare Lernergebnisse von allen Beteiligten erreicht werden können, besonders in den Bereichen Lesen, Schreiben und Rechnen und bei den wesentlichen Lebensfertigkeiten („essential life skills“).

Quelle: Vereinte Nationen

Wer zur Schule geht, hat mehr Chancen.

Linkes Foto: Schülerinnen in Kabul, Afghanistan.

Rechts: Klassenzimmer einer Schule in

Vale Shingwedzi, Mosambik.

KfW-Bildarchiv / Fotocagentur: photothek.net



dritte Millenniumsziel rücken die Bildung und ihre Bedeutung für Entwicklung und Armutsbekämpfung in den Vordergrund.

Alle Kinder auf der Welt sollen zur Schule gehen können, heißt es im zweiten MDG. Das dritte Millenniumsziel hat zusätzlich die Stärkung von Mädchen und Frauen im Blick. Bis spätestens 2015, so das Ziel, soll ihre Gleichberechtigung auf allen Bildungsebenen, von der Grundschul- bis zur Hochschulbildung, gesichert werden. Diese Ziele wurden beim UN-Sondergipfel zu den MDGs im September 2010 erneut bekräftigt.

### | Neugier auf Wissen

Die internationale Gemeinschaft fördert die Bildung, weil damit verschiedene entwicklungspolitische Ziele gleichzeitig erreicht werden. Zugang zu Bildung eröffnet Menschen neue Zukunftsperspektiven durch bessere Arbeitschancen und höhere Einkommen. Die Chance auf politische Teilhabe wächst, da mündige Bürger in der Lage sind, ihre Rechte einzufordern und an sozialen und politischen Prozessen mitzuwirken. Bildung trägt zum

Aufbau demokratischer Strukturen bei. Gebildete Menschen können sich besser an wirtschaftliche, politische und soziale Verhältnisse anpassen. Wer gebildet ist, achtet auch mehr auf seine Ernährung und die Gesundheit. Darüber hinaus fördern Bildungsinitiativen auch den Umweltschutz und die nachhaltige Nutzung natürlicher Ressourcen.

Einer Studie der Weltbank zufolge führen verstärkte Bildungsangebote für Mädchen und Frauen dazu, dass die Geburtenrate und die Kinder- und Müttersterblichkeit sinken. Wenn Schülerinnen besonders gefördert werden, beeinflusst das Entwicklungsprozesse positiv. Der Bezug von Bildung zu Demokratie, sozialen Arbeitsprozessen, zur Arbeitswelt, zur Entwicklung sowie zur Forschung und Wissenschaft wurde bereits in den 1980er Jahren durch den Delors-Bericht, einem Dreistufenplan zur Schaffung der Wirtschafts- und Währungsunion in Europa, herausgestellt. Demnach ist Bildung für eine ganzheitliche und menschliche Ent-



Mosambik

wicklung entscheidend. Sie trägt dazu bei, dass Armut, Ausgrenzung, Unwissenheit, Unterdrückung und Krieg überwunden werden können.

### | Besondere Hilfe für arme Länder

Über die Bedeutung von Bildung für Entwicklung ist sich die internationale Gemeinschaft einig. Doch vielen Ländern fehlen die Mittel, um ihren Bildungssektor so auszubauen, dass das Ziel „Bildung für alle“ Wirklichkeit wird. Für Staaten, die sich in der Bildung engagieren, jedoch selbst nicht über die finanziellen Ressourcen zur Umsetzung verfügen, wurde im Jahr 2002 die Initiative „Education for all – Fast Track Initiative“ (EFA-FTI) gestartet. Die Geber stellen zusätzliche Mittel für Bildung bereit, wenn die betreffenden Staaten ein Programm für den Bildungssektor sowie eine Strategie für die Armutsbekämpfung vorweisen.

Ein Pilotland innerhalb der EFA-FTI ist Mosambik. Die Regierung des afrikanischen Landes will eine gute und vollständige Grundschulbildung für alle Kinder erreichen.

Die KfW Entwicklungsbank kooperiert dort mit den Niederlanden, Schweden, Kanada, Finnland und Irland, um Reformen im Bildungssektor zu ermöglichen. Durch das Programm erhielten bislang zirka 65.000 Kinder und Jugendliche Zugang zu Grundschulbildung und 6.600 Lehrer und Dozenten eine Fortbildung. Außerdem wurden dezentrale Verwaltungsstrukturen aufgebaut und die Kapazität des Bildungsministeriums gestärkt.

### | Fortschritte auf dem Weg zur „Bildung für alle“

In den vergangenen Jahren hat es deutliche Fortschritte beim ambitionierten Ziel „Bildung für alle“ gegeben. Dabei wurde mit Blick auf die sechs EFA-Ziele – laut Fortschrittsbericht der UNESCO – bis 2010 unterschiedlich viel erreicht.

Die Zahl der Kinder, die an Programmen zur frühkindlichen Förderung und Erziehung teilnehmen, stieg von 113 Millionen im Jahr 1999 auf 140 Millionen im Jahr 2007. Durch diese Programme können Gesundheit, Ernährung und die kognitiven Fähigkeiten der

Kinder verbessert werden. Trotz der Fortschritte gibt es große regionale Differenzen. In Subsahara-Afrika sowie in Süd- und Westasien liegt der Anteil der Kinder, die vorschulische Einrichtungen besuchen, weit unter dem Durchschnitt.

Bei der Grundbildung gibt es große Fortschritte: Die Anzahl der Kinder, die keine Schule besuchen, ist von 105 Millionen im Jahr 1999 auf 72 Millionen im Jahr 2007 gesunken. Dabei können besonders in den armen Regionen der Welt heute weit mehr Kinder zur Schule gehen als noch vor zehn Jahren. Subsahara-Afrika hat die Einschulungsrate verfünffacht, sie liegt heute bei 73 Prozent. Das westafrikanische Benin, das ursprünglich eine der niedrigsten Einschulungsraten hatte, kann bis 2015 voraussichtlich die „universelle Grundschulbildung“ erreichen. Doch in fast 30 Ländern gibt es weiterhin große Probleme: In Liberia oder den palästinensischen Gebieten zum Beispiel steigt die Einschulungsrate nicht weiter oder sinkt sogar: Ohne verstärkte Anstren-

## Deutsche Entwicklungspolitik fördert verstärkt die Bildung

Die deutsche Entwicklungszusammenarbeit (EZ) will die Bildung künftig noch stärker fördern. Unter der Leitung von Minister Dirk Niebel erklärte das „Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung“ (BMZ) Bildung zu einem der Schlüsselsektoren der deutschen EZ. Um die Lernchancen für Jugendliche und Erwachsene zu steigern, die Alphabetisierung voranzutreiben und die Bildungsqualität zu erhöhen, sollen Programme in der Grund- und Sekundarbildung, der Berufs- und Hochschulbildung sowie der Bildungsfinanzierung ausgebaut werden. Dabei soll auch verstärkt mit der Wirtschaft und nichtstaatlichen Trägern zusammengearbeitet werden.

Die KfW Entwicklungsbank unterstützt im Auftrag der Bundesregierung die Umsetzung von breitenwirksamen und innovativen Ansätzen im Bildungssektor. Das Ziel „Bildung für alle“ ist ein Schwerpunkt der Finanziellen Zusammenarbeit (FZ) mit den Entwicklungsländern. Die KfW arbeitet dabei mit nationalen und internationalen Partnern zusammen, um gemeinsame Förderansätze umzusetzen. In Deutschland kooperiert sie mit der staatlichen Technischen Zusammenarbeit, mit zahlreichen Nicht-Regierungsorganisationen (NGOs) wie Kirchen oder politischen Stiftungen.

### | Pariser Erklärung und Aktionsplan von Accra

Die KfW orientiert sich bei ihrer Arbeit neben den Vorgaben des BMZ im Bildungssektor an der entwicklungspolitischen Erklärung von Paris aus dem Jahr 2005 und dem Aktionsplan von Accra aus dem Jahr 2008. Darin wird betont, dass die Geber ihre Programme stärker aufeinander abstimmen („Harmonisation“) und die Partner im Süden mehr Verantwortung („Ownership“) übernehmen. Die Geber nutzen verstärkt Institutionen der Entwicklungsländer und richten ihre Programme an den Strategien und Verfahren der Partner aus („Alignment“). Auf internationaler Ebene arbeitet die KfW Entwicklungsbank mit multilateralen Partnern wie

der Weltbank und UN-Organisationen zusammen. Bilaterale Partner sind unter anderem das Department for International Development (DFID), die französische Agence de Développement (AFD) und die Austrian Development Agency (ADA). Weitere wichtige Partner sind regionale Entwicklungsbanken und die Europäische Kommission.

Um Bildung zu fördern und die EFA-Ziele zu erreichen, verfolgt die KfW auch zunehmend „Programm-basierte Ansätze“ (PBA). Dabei nutzen die Entwicklungsbank und andere Geber soweit möglich die nationalen Verfahren und Strukturen des Partnerlandes und stimmen ihre Unterstützung eng miteinander ab. Dieses Vorgehen dient dazu, nachhaltig die Verfahren und Institutionen der Partnerländer zu stärken.

Die KfW setzt ihre ganze Palette an finanziellen Förderinstrumenten ein, um die Grundbildung zu fördern und berufliche und Hochschulbildung voranzutreiben. Dadurch soll ein umfassendes Lernumfeld aufgebaut und der Zugang und die Bezahlbarkeit von Bildung erleichtert werden. Als Entwicklungsbank finanziert die KfW Programme und Vorhaben mit einer Mischung aus Zuschüssen, zinsgünstigen Krediten mit langer Laufzeit, Darlehen zu marktnahen Konditionen oder Beteiligungen. Dabei orientieren sich die Finanzierungsbedingungen an der Art des Vorhabens, der wirtschaftlichen Lage des Partnerlandes, seiner außenwirtschaftlichen Leistungskraft und der Höhe der Verschuldung.

Von 2004 bis 2009 hat die KfW Entwicklungsbank weltweit insgesamt 424 Millionen Euro aus den Mitteln des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) bereitgestellt, um die Bildungssituation zu verbessern, davon 312 Millionen Euro für Grundbildung, 92 Millionen Euro für Berufsbildung und 20 Millionen Euro für Sekundarbildung. Mit den 2009 zugesagten Vorhaben ermöglicht die KfW knapp 7,5 Millionen Kindern den Besuch einer Primarschulen, etwa die Hälfte davon sind Mädchen. Die Bildungsprogramme zielen dabei besonders auf arme Bevölkerungsgruppen ab. | |

KfW-Bildarchiv / Fotograf: Joachim E. Roettgers



gungen werden nach UN-Prognosen im Jahr 2015 weltweit immer noch 56 Millionen Kinder keine Schule besuchen.

Weiterbildung bleibt für junge Erwachsene wichtig, denn weltweit steigt die Jugendarbeitslosigkeit auf hohem Niveau weiter an. Waren im Durchschnitt 2008 noch rund zwölf Prozent der Jugendlichen arbeitslos, stieg diese Zahl dem Weltbildungsbericht 2010 zufolge auf rund 15 Prozent im Folgejahr an. Gerade in Entwicklungsländern nehmen zu wenig Sekundarschüler an Berufsbildungsprogrammen teil: In Subsahara-Afrika sind es nur sechs Prozent gegenüber 16 Prozent in den Industrieländern. „In vielen Entwicklungsländern leidet die Berufsbildung bis heute unter einer Kombination aus Unterfinanzierung, Konzeptionsmängeln, negativen Einstellungen seitens der Eltern und einer schlechten Verknüpfung mit dem Arbeitsmarkt“, heißt es im Weltbildungsbericht 2010.



**Erwachsenenbildung im Slum:**  
Indische Frauen lernen den Umgang  
mit Mikrokrediten.

Faktoren für einen fehlenden Lernerfolg der Jungen und Mädchen verantwortlich. Regionale Studien in Subsahara-Afrika zeigen, dass in vielen Ländern des Kontinents mehr als die Hälfte der Schüler in Klasse sechs keine grundlegende Rechenkompetenz haben, ähnliche Zahlen liegen aus Pakistan vor. In vielen Ländern hat sich die Einschulungsrate erhöht, weil Schulgebühren abgeschafft wurden. Das ist ein erheblicher Fortschritt, sagt aber nur bedingt etwas über die Bildungsqualität aus.

Um wirkliche Lernerfolge zu erzielen, sind auch bessere Unterrichtsmaterialien, gut ausgestattete Klassenräume und gut ausgebildete Lehrer notwendig. Auch können Kinder in kleineren Klassen besser lernen. Viele Länder in Subsahara-Afrika haben in den vergangenen Jahren mehr Lehrer angestellt und das Schüler-Lehrer-Verhältnis verbessert. Doch immer noch haben laut Weltbildungsbericht 26 Länder das allgemein in der Grundbildung anerkannte Ziel eines Schüler-Lehrerverhältnisses von 40:1 nicht erreicht, 22 davon liegen in Subsahara-Afrika. Damit das Ziel „Bildung für alle“ keine Utopie bleibt, müssen weltweit bis 2015 rund 10,3 Millionen neue Lehrer eingestellt werden. Sie müssen 8,4 Millionen aus dem Beruf scheidende Lehrer ersetzen, 1,9 Millionen neue Stellen müssen geschaffen werden.

Die Herausforderungen sind groß und die Zeituhr tickt: Bis zum Jahr 2015 bleiben nur noch fünf Jahre, um die EFA-Ziele zu erreichen. Dabei erschweren die Weltwirtschaftskrise und ihre Folgen in vielen Ländern weitere Erfolge in der Bildungspolitik. Deshalb sind neue Anstrengungen und Akzente notwendig: Auf dem UN-Sondergipfel zu den Millenniumszielen im September 2010 in New York bekräftigte die Weltgemeinschaft, dass sie am Ziel „Bildung für alle“ festhält. | |

Beim Kampf gegen den Analphabetismus sind Fortschritte unverkennbar. Dank verbesserter Schul- und Alphabetisierungsprogramme ging die Zahl der Menschen, die nicht lesen und schreiben können, weltweit zurück. Sie sank der UN-Organisation UNESCO zufolge von 2000 bis 2007 um 13 Prozent. Doch immer noch sind weltweit rund 760 Millionen Menschen Analphabeten. Nach Prognosen wird diese Zahl bis 2015 nur auf 710 Millionen Menschen ohne grundlegende Lese- und Schreibkompetenz sinken. Zwei Drittel der Analphabeten weltweit sind Frauen.

### | Starke regionale Unterschiede

Trotz einiger Verbesserungen beim gleichberechtigten Bildungszugang von Mädchen und Jungen gibt es weiterhin starke regionale Unterschiede. So besuchen in Afghanistan pro 100 Jungen nur etwa 63 Mädchen eine Grundschule, besonders beim Über-

gang von Grund- zur Sekundarschule bestehen weiter große geschlechtsspezifische Unterschiede.

### | Bildung stärkt die Rolle der Frau

Dabei zeigt sich überall auf der Welt, dass Grundbildung und im Anschluss berufliche Ausbildung einschließlich Hochschulbesuch von Mädchen und Frauen entscheidend für die Entwicklung eines Landes sind. Studien bestätigen: Mädchen und Frauen, die lernen durften, werden auch als Mütter ihre Kinder selbstverständlich in die Schule schicken. Eine solide Grundbildung stärkt ihre Rolle als Frau. Sie achten in ihrer Familie auf eine bessere Ernährung und Hygiene. Mädchenbildung fördert ein besseres Gesundheitsverhalten und vor allem eine niedrigere Geburtenrate. Darüber hinaus trägt die Bildungsförderung zur Prävention von HIV/AIDS bei.

Was und wie Kinder in der Schule lernen, hängt von den Lernbedingungen und dem sozialen Umfeld ab. Überfüllte und mangelhaft ausgestattete Schulräume und schlecht ausgebildete Lehrer sind neben anderen

# „Gebildete Menschen sind eine zentrale Ressource für wirtschaftliche Entwicklung“

Doris Köhn, Direktorin der KfW und Bereichsleiterin für Afrika und Nahost, über das Engagement der Entwicklungsbank im Bildungssektor



KfW-Bildarchiv / Fotogentur: photothek.net

Wissbegierig folgt er den Erläuterungen seines Lehrers: Schüler im Unterricht, Äthiopien.

Natürlich ist die Messbarkeit von Wirkungen wichtig, und das gilt auch für Bildungsprogramme. Dabei lässt sich zunächst einmal feststellen, dass der Zugang zu Bildung zunimmt. Das zweite UN-Millenniumsziel sieht Grundbildung für alle Kinder bis 2015 vor. Die Zahl der Kinder weltweit, die nicht zur Schule gehen, ist von 1999 bis heute um rund 30 Millionen gesunken, von 105 Millionen auf 72 Millionen. Das ist ein messbarer Fortschritt, der ohne Bildungsprogramme nicht möglich gewesen wäre.

Bei Berufsbildungsprogrammen werten wir aus, wie viele der ausgebildeten Jugendlichen später einen Arbeitsplatz erhalten. Generell schneiden unsere Bildungsprogramme bei den Evaluierungen immer sehr gut ab: 90 Prozent der Vorhaben sind erfolgreich. Dabei ist sicherlich richtig, dass die Wirkungen bei Bildungsvorhaben erst nach einem längeren Zeitraum eintreten. Wie Studien belegen, kann Bildung einen wesentlichen Beitrag zu wirtschaftlichem Wachstum leisten und ist damit auch bei der Bekämpfung der Armut ein wichtiges Instrument.

Sie haben auf das zweite UN-Millenniumsziel hingewiesen, nach dem bis 2015 weltweit alle Kinder eine Schule besuchen sollen. Nach dem derzeitigen Stand werden in fünf Jahren aber noch 56 Millionen Kinder keine Grundbildung erhalten. Sind nicht größere Anstrengungen notwendig?

Die Situation ist in einzelnen Ländern unterschiedlich. Es gibt erfolgreiche und weniger erfolgreiche Staaten. Einige Länder werden das zweite UN-Millenniumsziel vermutlich erreichen, darunter auch arme Staaten wie das westafrikanische Benin. Weltweit 56 Millionen Kinder, die nicht lesen, schreiben und rechnen lernen, sind sicher immer noch viel zu viele, aber doch deutlich weniger als vor zehn Jahren.

Frau Köhn, bei einer Bank denken die meisten Menschen an den Finanzsektor, an Kredite und Darlehen. Warum engagiert sich die KfW für die Bildung?

Als Förderbank engagieren wir uns im In- und Ausland für die Bildung gerade junger Menschen. In Deutschland hat die KfW den Studienkredit im Angebot und gibt so deutschen Studentinnen und Studenten die Möglichkeit, ihr Studium zu finanzieren. Bildung ist zentrale Voraussetzung für Entwicklung und zwar nicht nur dann, wenn wir mit unserer Finanziellen Zusammenarbeit etwa den Bau von Schulen und Berufsbildungszentren fördern, sondern auch als Querschnittsaufgabe in fast allen Bereichen der Entwicklungszusammenarbeit.

Warum ist Bildung zentral für Entwicklung?

Das gilt gesellschaftlich, aber auch individuell: Ein Mensch, der Zugang zu Bildung hat, kann seine Interessen besser artikulieren, an gesellschaftlichen und politischen Prozessen teilnehmen und sich als Mensch entwickeln. Gebildete Menschen sind eine zentrale Ressource für wirtschaftliche Entwicklung. Menschen, die über ein Mindestmaß an Bildung verfügen, wirken auch besser an anderen Zielen der Entwicklungszusammenarbeit mit, wie der Verbesserung der Gesundheitsversorgung, der Familienplanung und der HIV-Prävention.

Dennoch ist nur schwer zu ermitteln, wie sich Bildungsprogramme etwa auf wirtschaftlichen Fortschritt oder die Armutsbekämpfung auswirken. Normalerweise sind für eine Bank doch rasch messbare Erfolge wichtig?



KfW-Bildarchiv / Thomas Klewar



Doris Köhn,  
Direktorin der KfW und  
Bereichsleiterin Afrika  
und Nahost.

Die deutsche Entwicklungszusammenarbeit wird ihre Anstrengungen im Bildungssektor verstärken. Das hat das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) beschlossen und wir als KfW begrüßen das sehr. Wenn die Bundesregierung verstärkt Zusagen an die Partner in den Entwicklungsländern im Bereich Bildung macht, werden wir das mit unseren Finanzierungsinstrumenten wie Krediten, Darlehen und Zuschüssen unterstützen.

Das BMZ will auch mehr mit nichtstaatlichen Trägern und mit der Wirtschaft zusammenarbeiten. Welche Rolle spielt das bei Bildungsprojekten?

Ich denke, im Bildungssektor sind mehrere Bausteine wichtig. In der Grundbildung steht die Zusammenarbeit mit staatlichen Trägern an erster Stelle, denn dieser Bereich ist weitgehend eine Aufgabe des Staates. Bei der Zusammenarbeit mit der Wirtschaft hat die berufliche Bildung eine spezielle Relevanz. Die Kenntnisse und Fähigkeiten, die dort vermittelt werden, orientieren sich am Arbeitsmarkt und dem Bedarf von Betrieben und Unternehmen. Deshalb sind dort Partnerschaften mit der Wirtschaft besonders wichtig.

Bei Grund- und Sekundarschulen gibt es vermehrt auch private Träger. Dabei kooperieren wir mit verschiedenen Partnern: In der Demokratischen Republik Kongo unterstützen wir ein Bildungszentrum für Menschen mit Behinderungen, das von der Christoffel Blindenmission gefördert wird. Gehörlose Kinder und Jugendliche werden dort medizinisch versorgt, erhalten Förderunterricht und können eine Berufsausbildung absolvieren.

Wenn wir in Deutschland über Bildung reden, diskutieren wir bei Bildungsfragen über das

dreigliedrige Schulsystem, über Gesamtschulen und über ein längeres oder kürzeres gemeinsames Lernen von allen Kindern. Sind das Luxusprobleme, die für Entwicklungsländer wenig relevant sind?

*„In manchen unserer Programme führt der Schulbesuch der Kinder dazu, dass die ganze Familie Nahrungsmittelkörbe erhält. Dadurch steigt der Anreiz, die Kinder zur Schule zu schicken.“*

Man muss da unterscheiden: In Ländern, in denen ein großer Anteil der Kinder noch gar nicht zur Schule geht, ist es eine wichtige gesellschaftliche Aufgabe, Schulbildung für alle zu ermöglichen. Aber Studien haben gezeigt, dass in einigen Entwicklungsländern Kinder auch nach einer sechsjährigen Schulbildung nicht die entsprechenden Fähigkeiten im Lesen, Schreiben und Rechnen haben.

Deshalb müssen wir auch die Qualität des Unterrichts und die Lernbedingungen verbessern: Wir fördern die Anschaffung von Unterrichtsmaterialien wie Bleistifte, Tafeln und Bücher, von Ausrüstungsgütern für den naturwissenschaftlichen Unterricht oder einfach von Tischen und Stühlen. Zudem steht auch die Modernisierung von Schulbauten im Vordergrund, damit es genügend Räume gibt und die Klassenstärke sinkt. Es sollen eben 30 bis 40 Kinder in eine Klasse gehen und nicht bis zu 100 wie in einigen Ländern

Ganz zentral ist auch die Aus- und Fortbildung von Lehrerinnen und Lehrern, die wir in vielen Ländern fördern. Denn zu wenige Lehrer bedeuten eben auch zu große Klassen. Und schlechte oder schlecht ausgebildete Lehrer können Wissen nicht gut vermitteln.

In vielen Ländern müssen Kinder immer noch im Haushalt oder in der Landwirtschaft arbeiten, weil verarmte Familien auf Hilfe angewiesen sind. Wie lässt sich der Schulbesuch mit der Armutsbekämpfung vereinbaren?

Der Schulbesuch ist wichtig, um Armut zu überwinden. Die Bedingungen des Unterrichts müssen aber so gestaltet werden, dass sie sich an der Lebensrealität der Kinder und ihrer Familien orientieren. Die Eltern müssen direkt erfahren, dass die Kinder und die gesamte Familie vom Schulbesuch profitieren. Neben den üblichen Schulspeisungen haben wir deshalb auch Programme, wo der Schulbesuch der Kinder dazu führt, dass die ganze Familie Nahrungsmittelkörbe erhält. Dadurch steigt der Anreiz, die Kinder zur Schule zu schicken.

Um im globalen Wettbewerb bestehen zu können, braucht ein Land auch Akademiker. Welche Rolle spielt die Förderung der Hochschulbildung bei der KfW?

Die Hochschulbildung ist ein Baustein jedes Bildungssystems. In Syrien haben wir geholfen, eine Universität mit dem Schwerpunkt Wassermanagement aufzubauen. Auch in Afghanistan gibt es neben der Grundbildung die Unterstützung für einige Hochschulen und Lehrerausbildungsinstitute, damit gebildete Menschen dort einen akademischen Abschluss machen können

Gibt es im Bildungssektor auch eine Zusammenarbeit mit anderen staatlichen Gebern?

Wir haben im Bildungsbereich eine Reihe von so genannten „Gemeinschaftsfinanzierungen“ mit anderen Gebern. Dabei geht es dann um große Programme, die dazu beitragen sollen, das gesamte Bildungssystem eines Landes zu verbessern. Ziel ist es dann, etwa die Schulverwaltungen besser zu organisieren. Oder dazu beizutragen, dass ein Land in seinem nationalen Budget mehr Geld für Bildung vorsieht. Investitionen in Bildung sind entscheidend für die Zukunft eines Landes. | |

Das Gespräch führte **Michael Ruffert**.

# Hoffnung durch Bildung

Auch in fragilen Staaten hilft die Schule beim Start ins Leben

Die KfW Entwicklungsbank konzentriert sich bei ihren Bildungsprogrammen darauf, Jungen und Mädchen in Entwicklungsländern den Schulbesuch zu ermöglichen, die Unterrichtsqualität zu verbessern und ein „lernförderliches“ Umfeld zu schaffen. Das gilt für Länder, in denen weitgehende Stabilität herrscht, aber auch für Krisengebiete.

Die Partnerländer werden dabei unterstützt, die Lern- und Unterrichtsbedingungen von Kindern zu verbessern. Und das auf verschiedenen Wegen: Bau und Sanierung von Schulen und Klassenräumen: Ausstattung der Gebäude mit Bänken, Tischen, Stühlen, Tafeln und anderen Möbeln; Bereitstellung von Lehr- und Lernmaterialien: Aus- und Aufbau von Lehreraus- und -fortbildungszentren.

Erst durch Primarschulprogramme erhalten viele Kinder die Chance auf einen Schulbesuch. Das gilt besonders in ländlichen Gebieten, in denen das Schulnetz unzureichend ist und es an qualifizierten Lehrerinnen und Lehrern mangelt. Besonders arme und benachteiligte Kinder – vor allem Mädchen – profitieren, wenn neue Schulgebäude entstehen und Lehrer aus- und weitergebildet werden.

*In fragilen Ländern wie Jemen, Guinea, Afghanistan, Palästina, Elfenbeinküste und Guatemala sind besondere Anstrengungen notwendig, um Kindern den Schulbesuch zu ermöglichen – aber sie lohnen sich.*

In so genannten fragilen Staaten, in denen es Konflikte oder bewaffnete Auseinandersetzungen gibt, ist die Zahl der Kinder, die keine Schule besuchen, besonders hoch. Normaler Unterricht ist nur schwer möglich, wenn ständig Gewalt droht und politische Spannungen herrschen. In solchen Krisenländern gibt es für Kinder kaum Zukunftsperspektiven, ihr Leben ist von Hoffnungslosigkeit geprägt. Sie sind entweder passive Opfer oder werden sogar als Kindersoldaten missbraucht. Bewaffnete Heranwachsende können zudem als marodierende Banden ein erhebliches Sicherheitsrisiko für andere Bevölkerungsgruppen darstellen.

In einer solchen Situation sind besondere Anstrengungen notwendig, um Kindern den Schulbesuch zu ermöglichen – aber sie lohnen sich. Die KfW stellt sich dieser Herausforderung und fördert Bildungsvorhaben in fragilen Ländern wie Jemen, Guinea, Afghanistan, Palästina, Elfenbeinküste und Guatemala. Denn Grundbildung kann neben Programmen zur Friedenserziehung und Gewaltprävention auch einen Beitrag zur Schlichtung von Konflikten leisten. Wenn Jungen regelmäßig zur Schule gehen, sind sie weniger anfällig dafür, von paramilitärischen Gruppen oder Drogenhändlern angeworben zu werden.

Durch gemeinsames Lernen lassen sich auch Brücken der Verständigung zwischen Konfliktparteien bauen. Der Schulbesuch leistet damit einen entscheidenden Beitrag für die demokratische und rechtsstaatliche Entwicklung einer Gesellschaft. Er trägt zur persönlichen Entwicklung der Kinder bei und ist eine Voraussetzung für ein Aufwachsen unter Bedingungen, die Gleichberechtigung ermöglichen. | |

Schulkinder in den palästinensischen Gebieten. Gerade in Konfliktgebieten trägt der Schulbesuch entscheidend zur persönlichen Entwicklung der Kinder bei.

# Der Traum

In den Palästinensischen

Foto: Karl Rechthaler



360 palästinensische Mädchen besuchen die weiterführende „Al Jalazon Secondary School“ in der Nähe von Ramallah. Sie haben die Chance, einen dem Abitur vergleichbaren Abschluss zu machen.

Die anhaltende Gewalt im Nahen Osten erschwert den Schulbesuch: Viele Gebäude sind beschädigt, Klassenräume zerstört. Der Bau neuer Schulen ermöglicht palästinensischen Kindern eine bessere Zukunft. Zugleich schafft er für Erwachsene Arbeit und Einkommen.

Die 16-jährige Lana mag das Fach Biologie, denn die junge Palästinenserin hat ein Ziel: Sie möchte einmal im Ausland studieren und Ärztin werden. „Dann komme ich zurück in mein Land, um für meine Familie und die Menschen hier zu arbeiten“, beschreibt das Mädchen seinen Traum. Lana, die ihren richtigen Namen nicht nennen will, lebt mit ihren Eltern, ihren fünf Brüdern und vier Schwestern in „Wadi Al Zaitona“ nicht weit von Ramallah im palästinensischen Westjordanland entfernt. Sie besucht dort die weiterführende „Al Jalazon Secondary School“ für Mädchen und geht in die 11. Klasse.

Foto: Karl Rechthaler



# von einer Zukunft als Ärztin

Gebieten tragen besonders gestaltete Schulen zu besseren Leistungen bei



„Wir haben den Bau der Schule in Zusammenarbeit mit dem palästinensischen Bildungsministerium unterstützt“, sagt KfW-Projektmanager Frank Determann. Vor vier Jahren wurde das Gebäude fertig gestellt. Es gibt neun Klassenräume, dazu Labors für den Physik-, Chemie- und Biologieunterricht, eine Bücherei und einen mit Pflanzen und Trinkwasserbrunnen gestalteten Schulhof. 360 palästinensische Mädchen haben jetzt an der Schule die Chance, in den Klassen zehn bis zwölf einen dem Abitur vergleichbaren Abschluss zu machen.

## | Innovatives Architekturkonzept

Seit 15 Jahren fördert die deutsche Finanzielle Zusammenarbeit (FZ) mit Mitteln aus dem Bundeshaushalt den Schulbesuch von Mädchen und Jungen in den Palästinensischen Gebieten und trägt gleichzeitig dazu bei, dass Palästinenser Arbeit und Einkommen erhalten. Denn die Gebäude werden innerhalb des Beschäftigungsprogrammes Schulbau (EGP) renoviert, erweitert oder neu gebaut. Einheimische Firmen liefern Möbel und Ausrüstung für Klassenräume. Bislang sind 81 Schulen fer-

tig gestellt worden, weitere 39 Schulen sind geplant oder im Bau.

„In den Palästinensischen Gebieten ist es nicht leicht, einen ordentlichen Schulbetrieb aufrecht zu erhalten“, erläutert Determann. Durch die anhaltende Gewalt seien die Kinder und Jugendlichen im Unterricht oft unruhig und könnten sich kaum konzentrieren. Insbesondere im Gazastreifen, aber auch im Westjordanland seien noch immer viele Schulen beschädigt und müssten renoviert werden. „Weil es einfach nicht genug Klassenräume gibt, muss Unterricht häufig in zwei oder sogar drei Schichten abgehalten werden“, beschreibt der Projektmanager die Lage. Das wirke sich auch negativ auf die Lernerfolge der Schülerinnen und Schüler aus.

Der Neubau von Schulen soll dabei Abhilfe schaffen: Seit einigen Jahren werden nicht mehr die üblichen Standardgebäude in I,L

oder U-Form errichtet, vielmehr orientiert sich die Architektur beim Neubau der Schulen an der örtlichen Kultur und Lebensweise sowie den klimatischen Bedingungen. Die lokalen Architekten Ahmad Zagha, George Odeh und Samir Manneh entwickeln mit Unterstützung der deutschen Architekten Karl Rechthaler und Norbert Knaus Schulgebäude, die den Schülerinnen und Schülern eine positive und lernfreundliche Umgebung ermöglichen. Dabei wird Wert auf eine wartungsarme, energiesparende und nachhaltige Bauweise gelegt und auf eine ansprechende Gestaltung von Schul- und Pausenhöfen.

## | Partnerschaft mit deutschen Schulen

„Eine Studie hat gezeigt, dass sich eine solche Gestaltung der Schulbauten positiv auf die Lernerfolge der Schüler auswirkt“, sagt Determann. Die Untersuchung, die 2007 und 2008 ein schweizerisch-palästinensisches Team durchführte, verglich dabei die Leistungen und das Verhalten von Schülern in konventionellen Schulen mit dem von Schülern in den innovativen Schultypen, die durch Beschäftigungsprogramme in den Jahren 2004 bis 2007 entstanden sind. Dabei wurden rund 300 Schülerinnen aus sechs verschiedenen Schulen über den Unterricht in Mathematik und Arabisch befragt und ihre Leistungen verglichen. Die Mädchen sollten zudem ihre schulische Umgebung malerisch darstellen. „Besonders die älteren Schülerinnen der innovativ gestalteten Schulen zeigten dabei eine große Motivation und Bereitschaft, sich mit ihrer Schule zu identifizieren“, erläutert Determann.

Auch Lana geht sehr gerne in die „Al Jalazon Secondary School“, die nach den innovativen Prinzipien errichtet worden ist. „Wir haben hier sehr gute Lehrer und lernen sehr gerne!“, sagt das Mädchen. Die 16-Jährige möchte sogar gerne etwas Deutsch lernen, denn ihre Schule nimmt an einem Partnerschaftsprogramm zwischen palästinensischen und deutschen Schulen teil. Die „Al Jalazon Secondary School“ unterhält eine Partnerschaft mit dem Berufskolleg Opladen in Leverkusen. „Deshalb haben wir manchmal Gäste aus Deutschland hier“, erzählt Lana. Und die würde sie gerne in deren Muttersprache begrüßen. | |

# Neue Schulen für Jemens Kinder

Bildungsprogramme orientieren sich an sozialen und kulturellen Verhältnissen

**Im Jemen, einem der ärmsten arabischen Länder, bekämpft die Regierung die Armut durch größere Anstrengungen im Bildungswesen. Dadurch gehen immer mehr Jungen und Mädchen zur Schule. Neue Unterrichtsmöglichkeiten müssen geschaffen werden – angepasst an die Gegebenheiten vor Ort.**

Sie ist einer der schönsten Orte in Arabien: Die Altstadt von Sanaa, der Hauptstadt des Jemen, gehört zum Weltkulturerbe der UN-Organisation UNESCO. Mehr als 140 Moscheen gibt es dort, rund 6000 drei- bis achtstöckige Häuser, verwinkelte Gassen und Marktviertel, in denen das Handwerk scheinbar blüht.

Doch das Bild von „Tausend und einer Nacht“ trägt. „Der Jemen ist das ärmste Land auf der arabischen Halbinsel“, sagt Babette Stein von Kamienski, KfW-Teamleiterin für Nord-Afrika und den Mittleren Osten. Zwar seien die Bauwerke in der Altstadt von Sanaa, „sehr beeindruckend“, aber daneben gibt es bittere Armut. Von den geschätzten 23 Millionen Einwohnern des Landes leben rund zehn Millionen unter der Armutsgrenze und damit von weniger als zwei US-Dollar am Tag. Die Zahl der unterernährten Menschen ist hoch.

In dem bis 1990 geteilten Land ballen sich die entwicklungspolitischen Probleme: Wasser ist knapp, die Gesundheitsversorgung nicht ausreichend, es gibt viele Analphabeten und viele Kinder gehen nicht zur Schule. Die KfW Entwicklungsbank engagiert sich im Auftrag des BMZ seit 1997 im Bildungssektor. „Wir fördern im Jemen den Bau von Schulen und helfen dabei, Schultaschen und Stifte anzuschaffen, Fachräume zu renovieren und Bücher und Lehrpläne zu entwickeln“, sagt Stein von Kamienski. Außerdem tragen die Mittel aus der deutschen finanziellen Zusammenarbeit (FZ) gemeinsam mit denen anderer Geber dazu bei, Lehrerinnen und Lehrer fortzubilden, die Bildungsverwaltungen zu verbessern und besonders Mädchen den Schulbesuch zu ermöglichen.

In dem Wüstenstaat sind rund 50 Prozent der Bevölkerung unter 15 Jahre, doch bislang ist das Bildungssystem kaum ausgebaut: Nur knapp die Hälfte der Jemeniten kann lesen und schreiben, die Analphabetenquote unter Frauen liegt sogar bei rund 60 Prozent, denn Frauen und Mädchen werden im Jemen in der Bildung noch immer benachteiligt.

## | Viele Frauen sind Analphabeten

Die jemenitische Regierung hat die Defizite bei der Bildung erkannt. Sie hat dem Schulbesuch von Mädchen und Jungen eine Schlüsselrolle bei der nationalen Armutsbekämpfung zugewiesen – und wird dabei von der KfW unterstützt. Jemen ist Schwerpunktland der deutschen Entwicklungszusammenarbeit und gehört zu den zehn Ländern mit Grundbildung als Schwerpunktsektor.

Dabei ist die Entwicklungszusammenarbeit mit dem Jemen keine leichte Aufgabe, aus sozialen und politischen Gründen. „Im Land gibt es immer wieder Kämpfe zwischen Regierung und Stammesgruppen“, berichtet Stein von Kamienski. Zudem kommt es oft zu Terroranschlägen, die militanten Islamisten der Al-Qaida breiten sich im Land aus. Und in Südjemen - bis 1990 ein unabhängiger sozialistischer Staat - leben Abspaltungstendenzen wieder auf.

stabile wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklung“, betont Stein von Kamienski.

Noch fehlen viele Schulen. Oder die Gebäude sind zu klein und baufällig. Bettina Zoch, KfW-Projektmanagerin für den Jemen, hat bei einem Besuch des Landes selbst beobachtet, dass es in der jemenitischen Bildung noch viel zu tun gibt. „In manchen Schulen gibt es so viele Schüler, dass kein Platz mehr für Tische und Stühle ist, die Schüler mussten auf dem Boden einen Test schreiben“, beschreibt sie die Situation. Mitunter seien bis zu 180 Kinder in einen Klassenraum untergebracht. Dann muss der Lehrer manchmal von draußen durch die geöffnete Tür unterrichten.

Die finanzielle Zusammenarbeit mit der jemenitischen Regierung hat es ermöglicht, dass zahlreiche Schulen neu gebaut und renoviert werden konnten. Bis Anfang 2010 wurden rund 2300 Klassenräume für etwa 80.000 Schülerinnen und Schüler fertig gestellt. Dabei wurde besonderer Wert darauf gelegt, die lokalen Governorats- und Distriktverwaltungen in dem Wüstenstaat eng in die Planung einzubeziehen, damit sie selbst Verantwortung für die Projekte übernehmen.

Mädchen soll der Schulbesuch ermöglicht werden. Das wird bei Neu- und Umbauten berücksichtigt. „Eltern schicken ihre Töchter nur zur Schule, wenn die Unterrichtsräume und der Schulhof von außen nicht eingesehen werden können“, erläutert Bettina Zoch. So seien die Sitten und Gebräuche in einem islamischen Land. Es sei daher wichtig, „angepasste Schulen“ zu bauen, die sich an den sozialen und gesellschaftlichen Bedingungen des Landes orientierten. Außerdem müssten an der Schule Lehrerinnen unterrichten und natürlich seien eigene Toiletten für Mädchen notwendig.

## Statistische Daten Jemen, 2009

Fläche in qkm .....	527.968 (Schätzung)
Hauptstadt.....	Sana'a
Einwohner in Mio. ....	23,6 (Schätzung)
Analphabetenrate .....	49,8 Prozent
Pro-Kopf-Einkommen pro Jahr .....	870 US-Dollar
Human Development Index Rang: .....	140 von 182 Ländern

Die deutsche Entwicklungszusammenarbeit wirkt daran mit, den Menschen im Jemen eine Perspektive zu geben, um zu verhindern, dass sich die Bevölkerung politisch radikalisiert. „Dabei ist eine solide Schulbildung eine wichtige Voraussetzung für eine



Zusammen mit der Deutschen Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit (GTZ), der Weltbank, den Niederlanden und Großbritannien beteiligt sich die KfW Entwicklungsbank an zwei so genannten Korbfinanzierungen, eine für Grundbildung und eine für Sekundarbildung, die von 2007 bis 2015 insgesamt rund 254 Millionen US-Dollar umfassen. Die Entwicklungsorganisationen stimmen dabei ihre Strategien miteinander ab – das Stichwort lautet „Geberharmonisierung“.

### ! Aufbau von Elternräten

Bei den Programmen geht es darum, das jemenitische Bildungssystem insgesamt zu stärken: Lehrer und Verwaltungsmitarbeiter aus Bildungsbehörden auf kommunaler und nationaler Ebene werden dabei unterstützt, Lehrpläne zu entwickeln. Die Programme fördern zudem den Aufbau von Elternräten und Programme für behinderte Schüler und Kinder aus benachteiligten Familien. Für sie sollen verstärkt Schulsozialarbeiter eingesetzt werden, die betroffene Familien direkt beraten und unterstützen.

Die Programme zeigen eindeutige Erfolge, sagt Bettina Zoch. Immer mehr Kinder im Jemen werden eingeschult: Die Rate stieg bei den Jungen von 85 Prozent im Schuljahr 1998/1999 auf 94,5 Prozent im Schuljahr 2007/2008. Bei den Mädchen nahm die Einschulungsrate im gleichen Zeitraum von 48,9 auf 76 Prozent zu. „Allerdings bleiben die Abbrecherquoten hoch“, bedauert Zoch. Weniger als die Hälfte der eingeschulten Kinder beendet die 9. Klasse – außerdem benötige ein Schüler im Jemen durchschnittlich 15 Jahre, um die eigentlich auf neun Jahre konzipierte Schulzeit zu absolvieren.

Viele Schulklassen sind daher mit unterschiedlichen Altersgruppen besetzt. Auch in Sanaa, wo viele Kinder aus Familien stammen, die aus ländlichen Regionen in die Hauptstadt gezogen sind. Einige Gründe für die Landflucht hat Bettina Zoch bei Gesprächen in den Klassen von Schulmädchen erfahren. „Sie kommen oft in die Stadt, weil auf dem Land das Wasser immer knapper wird“, berichtet die Projektmanagerin. Denn im ge-

**Tradition und Moderne:  
In neuen Schulen des Jemen  
werden auch Mädchen  
am Computer ausgebildet.**

samten Jemen ist Wasser knapp, die Grundwasserspiegel sinken – daher engagiert sich die deutsche FZ auch im Wassersektor.

Trotz aller Probleme konnte sich Bettina Zoch bei ihrem Jemen-Besuch überzeugen, dass es auch fortschrittliche Bildungseinrichtungen gibt – etwa eine moderne Mädchenschule in Sanaa. Dort wurden Schülerinnen sogar am Computer ausgebildet. Dabei interessierten sich die Mädchen im Jemen auch für die berufliche Karriere der 30-jährigen Entwicklungsexpertin: „Die Schülerinnen waren begeistert, als sie sahen, dass in Europa eine junge Frau in verantwortungsvoller Position als Projektmanagerin arbeiten kann.“ ||

# Im Islam sind Vermittler von Wissen angesehen

An den Lehrerausbildungszentren in Nordafghanistan studieren zunehmend auch junge Frauen aus ländlichen Regionen

In Afghanistan hat sich die Zahl der Jungen und Mädchen, die Schulen besuchen, in acht Jahren verdreifacht. Jetzt braucht das Land gut qualifizierte Pädagogen. Zielgruppe der Lehreraus- und -fortbildung sind besonders Frauen.

Die junge Afghanin Majabin will Lehrerin werden. Denn in dem Land am Hindukusch ist dieser Beruf mit gesellschaftlicher Anerkennung verbunden. „Im Islam haben Vermittler von Wissen eine hohe soziale Stellung“, sagt die 24-jährige Studentin. Sie wird am „Teacher Training College“ (TTC) in Mazar-i-Scharif auf das Lehramt vorbereitet. Ihr Schwerpunkt sind die Naturwissenschaften. Majabin ist zuversichtlich, dass ihre Ausbildung ihr Leben positiv verändern wird. „Ich lerne, meine Rechte besser zu verstehen und wahrzunehmen.“

In Afghanistan ist es nicht selbstverständlich, dass junge Frauen die Wahl haben und sich für einen Beruf entscheiden können. Malalai Shafiq, Physik-Dozentin am TTC Mazar, erläutert: „Besonders in ländlichen Regionen haben Frauen kaum Rechte. Vielen Mädchen wird dort die Schulbildung verwehrt.“ Das „Teacher Training College“ will dazu beitragen, die Benachteiligung von Mädchen und Frauen in Afghanistan zu beenden. Mit Unterstützung durch Pädagoginnen des Deutschen Entwicklungsdienstes (DED) gibt es dort eine praxisorientierte Ausbildung insbesondere für Frauen. Dadurch, dass Lehrerinnen ausgebildet werden, soll auch afghanischen Mädchen der Zugang zur Schulbildung erleichtert werden.

## | Hoher Bedarf an Lehrerinnen und Lehrern

Das TTC in Mazar ist eines von fünf Einrichtungen zur Lehreraus- und -fortbildung in Nordafghanistan, deren Bau und Ausstattung von der KfW Entwicklungsbank mit Mitteln des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) finanziert werden. Denn der Bedarf an ausgebildetem Lehrpersonal an afghanischen Schulen ist enorm. Ledig-

Foto: Christiane Althoff



In den von der KfW geförderten „Teacher Training Colleges“ (TTCs) werden junge Frauen auf ihren Beruf als Lehrerinnen vorbereitet.

lich die Hälfte der Lehrerinnen und Lehrer in Mazar verfügt über eine abgeschlossene Ausbildung. In Badakhshan im entlegenen Nordosten des Landes liegt der Anteil der Lehrkräfte mit einer Berufsausbildung nur bei einem Prozent. Im TTC Mazar, welches Anfang des Jahres seinen Betrieb aufnahm, werden inzwischen 1200 Lehramtsstudenten auf ihren Beruf vorbereitet.

Majabin wohnt während ihrer Ausbildung in einem Wohnheim. Da es Unterkünfte in unmittelbarer Nachbarschaft der TTCs gibt, können angehende Lehrerinnen weite, teure und möglicherweise riskante Anfahrten vermeiden. Das ist eine Grundbedingung für die Bereitschaft von Familien, ihre Töchter studieren zu lassen. Die TTCs sind mit Kindergärten ausgestattet, damit auch Mütter vom Angebot pädagogischer Fortbildungen profitieren können.

Majabin macht sich keine Illusionen darüber, dass ein beschwerlicher Weg vor ihr liegt. Jahrzehnte des Bürgerkrieges ließen das Bildungssystem in Afghanistan nahezu

zusammenbrechen. Während der Taliban-Herrschaft war Mädchen der Zugang zu Bildung weitgehend verwehrt. In Mabijans Heimatprovinz Balkh sind rund zwei Drittel der 473 Schulen zerstört oder beschädigt, der Unterricht findet bis heute vielerorts in Zelten statt.

Zusätzlich zu den TTCs fördert die KfW den Bau von 17 Referenzschulen für den Praxisunterricht finanziell und konzeptionell. Neben den regulären Klassenräumen sind die TTCs und Schulen mit einfachen Laboren für naturwissenschaftlichen Unterricht, Büchereien sowie mit Verwaltungs- und Lagerräumen ausgestattet. Bei der Planung der Gebäude wurde auf ein einfaches, solides, wetterbeständiges und erdbebensicheres Design geachtet. Die Arbeiten mit einem Budget von insgesamt 15 Millionen Euro begannen 2006 und stehen kurz vor dem Abschluss. Durch die Ausbildung von Hausmeistern, die ihr Gehalt vom Bildungsministerium beziehen, soll der Unterhalt der TTCs samt Wohnheimen nachhaltig sichergestellt werden.

Das Engagement der afghanischen Regierung im Bildungssektor zeigt beachtenswerte Erfolge. Die Zahl der Schülerinnen und Schüler an allgemeinbildenden Schulen hat sich seit 2002 nahezu verdreifacht. Der Mädchenanteil beträgt zum Zeitpunkt der Einschulung immerhin knapp 40 Prozent. 2009 unterrichteten landesweit bereits 170.000 Lehrkräfte in 11.600 allgemeinbildenden Schulen. In der Schwerpunktregion der deutschen Entwicklungszusammenarbeit in Nordafghanistan, die die Provinzen Badakhshan, Balkh, Kunduz, Sar-i-Pol and Tachar umfasst, sollen bis 2013 jährlich 9000 Absolventen die TTCs verlassen. Der Frauenanteil unter den Lehramtsstudenten von derzeit 30 Prozent soll schrittweise auf 40 Prozent erhöht werden.

„Mein Wechsel ans TTC vor drei Jahren hat mein Leben verändert, beruflich wie privat“, erklärt die vierzigjährige Physik-Dozentin und mehrfache Mutter Malalai Shafiq. „Ich habe mein Leben im Griff.“ | |

# Neue Klassenräume und ein Sportplatz

In den Slums kenianischer Städte werden Schulen nach einem neuen Baukonzept modernisiert und erweitert

In Kenia hat die Regierung vor sieben Jahren die Schulgebühren abgeschafft. Seitdem gehen mehr Kinder zur Schule. Bei der Planung neuer Schulgebäude werden Lehrer und Eltern einbezogen.

Victor Masese, etwa zwölf Jahre alt, freut sich auf den Unterricht in der Schule in Mathare, einem Armenviertel in Kenias Hauptstadt Nairobi. Das erzählt er in einem Videofilm. Denn die Situation an seiner Schule hat sich stark verbessert. „Früher war um die Schule nicht mal ein Zaun“, sagt Victor. Fremde Leute liefen auf dem Schulgelände herum und machten Lärm. An konzentriertes Lernen war nicht zu denken. Jetzt gehört diese Zeit der Vergangenheit an.

Die „Shule“ in Mathare, wie Schule auf Kiswahili heißt, profitiert von einem Grundbildungsprogramm im Rahmen der Finanziellen Zusammenarbeit. Im Jahr 2003 beschloss das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ), Kenia zu unterstützen, in Nairobis Slums die Schulen und das Lernumfeld für die Kinder zu verbessern. Damals hatte die Regierung unter dem neuen Präsidenten Mwai Kibaki die Schulgebühren abgeschafft, so dass mehr Kinder zur Schule gehen konnten. Allerdings waren die Unterrichtsbedingungen weiterhin schlecht: heruntergekommene Gebäude, veraltetes Lernmaterial und zu kleine, baufällige Klassenräume.

## | Hohe Kriminalitätsrate gehört der Vergangenheit an

Im Auftrag des BMZ unterstützt die KfW Entwicklungsbank in der 1. Phase des Programms die Stadtverwaltung Nairobis dabei, sieben Schulen in den Slums Nairobis zu erweitern und zu renovieren. Die „neue Shule“ in Mathare, die bereits fertig gestellt wurde, hat jetzt einiges zu bieten: helle, gut belüftete Klassenzimmer, ein großes Lehrerzimmer, eine Schulküche, ausreichend Toiletten für Mädchen und Jungen, einen kleinen Nutzgarten für den Anbau von Gemüse und Obst, um das Mittagessen vitaminreicher zu machen. Außerdem gibt es ein Vorratssystem für Wasser, das in Nairobi manchmal tagelang ausbleiben kann.

Neu entstanden sind ein großer Sportplatz und eine Mehrzweckhalle, die außerhalb des Unterrichts auch von den umliegenden Gemeinden genutzt werden können.

Hohe Kriminalität, Drogenhandel und sogar Prostitution auf dem Schulgelände gehören der Vergangenheit an. Der Leiter der Schule, Herr Mwangi, verkündet stolz, dass seine Schule im Jahr 2009 als „am meisten verbesserte Schule der Stadt“ ausgezeichnet wurde.

Dadurch, dass die Schulen neu gestaltet werden, soll nicht nur ein sicheres, lern- und kinderfreundliches Umfeld geschaffen werden. Auch ökologische Aspekte spielen eine wichtige Rolle. Die Schulgebäude werden so gebaut, dass die Betriebskosten niedrig sind. Zudem wird auf eine soziale Komponente Wert gelegt: Das Eltern-Lehrer-Komitee wirkt daran mit, das Programm umzusetzen. Zwei Lehrerinnen werden außerdem fortgebildet, um über HIV/Aids und Hygiene aufzuklären. Dabei helfen Schülerinnen und Schüler, die als so genannte „Peer Educator“ geschult werden. Sie sprechen mit Gleichaltrigen – ihrer „Peer Group“ – über die Gefahren des HI-Virus und werben für Hygiene. Victor Masese ist einer der „Peer Educators“ – und darauf ist er stolz.

Das Eltern-Lehrer-Komitee ist auch an der Wartung der Gebäude beteiligt und soll dafür sorgen, dass die neuen Einrichtungen schonend behandelt werden. Das sichert die Nachhaltigkeit der Investitionen und fördert die Bereitschaft der Lehrer, Eltern und Schüler, Verantwortung zu übernehmen.

## | Bildung für 20.000 Kinder

Bislang ermöglichte das Programm eine qualitativ gesicherte Bildung für zirka 20.000 Kinder, die zum Großteil in armen und schwierigen sozialen Verhältnissen leben. Kinder wie Victor erhalten auf diese Weise die Basis für eine selbstbestimmte Zukunft. In der zweiten Phase des Programms, die im Jahr 2009 begann, wird eine vergleichbare Anzahl an Schulen in städtischen Armutsgebieten von Mombasa und Kisumu erweitert und renoviert werden. | |

Der Unterricht wird nicht mehr lange im Freien stattfinden. Denn Schulkinder in Kenia profitieren von einem Grundbildungsprogramm im Rahmen der Finanziellen Zusammenarbeit: Sieben Schulen in den Slums Nairobis werden erweitert und renoviert.

Foto: Eberhard Knapp



# Kochen mit Liebe und Leidenschaft

An der Kochschule „Center for Culinary Arts“ in Manila erhalten sozial schwächer gestellte Jugendliche die Chance auf eine Ausbildung

Foto: Jaleh Nayyeri



**Auf den Philippinen pflegt das Unternehmen Cravings die traditionelle Kochkunst. Es unterhält eine Restaurantkette und bietet Studienprogramme und Workshops im Kochen und Backen an.**

Der Duft von frischem Gebäck liegt in der Luft: Kleine Törtchen, Biskuitrollen und andere Köstlichkeiten entstehen in der blitzblanken Großküche nach den unterschiedlichsten Rezepten. Blätterteig oder Baiser, mit oder ohne Zimt, lieber noch ein wenig kalt stellen oder gleich verarbeiten? Konzentriert beugt sich

Marco, ein Auszubildender im ersten Lehrjahr, über ein dampfendes Blech – und strahlt über das ganze Gesicht: „Hier habe ich meinen Traumjob gefunden“, sagt der 18-Jährige.

Marco stammt aus einer der Vorstädte Manilas, ein Studium an der Universität kam für ihn aus finanziellen Gründen nicht in Frage. Jetzt absolviert er die 24-monatige Ausbildung im „Center for Culinary Arts“, einer Kochschule in der philippinischen Hauptstadt Manila. Dort will man gerade sozial schwächer gestellten jungen Menschen eine Chance geben. Marco will Koch und später vielleicht selber Ausbilder werden.

**Die Studierenden an der Kochschule der Unternehmensgruppe „Cravings“ sind auf den Philippinen und weltweit gefragt. Sie pflegen die traditionelle Kochkunst.**

Die Unternehmensgruppe Cravings ist in den Bereichen Ausbildung, Gastronomie und Lebensmittelproduktion tätig. Aus dem einstigen Pionier ist seit dem Start im Jahr 1988 heute der Marktführer auf den Philippinen geworden. Neben einer eigenen Restaurant-



kette bietet Cravings mehrere akademische Studienprogramme an, die bereits 16.000 Studenten durchlaufen haben. Kochen und Backen werden außerdem in Kompakt- und Schnupperkursen sowie Workshops angeboten. Das „Center for Culinary Arts“ ist Partner verschiedener internationaler Hotel- und Kochschulen in den USA, in Wales, Kanada und Australien.

Die Leistungen des Unternehmens haben die DEG – Deutsche Investitions- und Entwicklungsgesellschaft mbH, ein Unternehmen der KfW Bankengruppe, überzeugt: Sie finanzierte mit einem langfristigen Darlehen in Höhe von umgerechnet rund 8,7 Millionen US-Dollar neue Investitionen von Cravings.

Mit dem Geld konnte ein neues Schulungsgebäude mit Großküchen, Präsentations- und Unterrichtsräumen errichtet werden. Das Unternehmen expandiert, weil auf den Philippinen gute Köche gebraucht werden. Und die Kochstudenten bei Cravings sind auch in anderen Ländern gefragt, rund 40 Prozent der Absolventen gehen nach ihrem Abschluss ins Ausland.

### | Sechsmonatige Ausbildung für Arbeitslose

Das Unternehmen Cravings will die traditionelle philippinische Kochkunst pflegen und setzt sich gleichzeitig für soziale Gerechtigkeit und Umweltschutz ein. Regelmäßig werden daher Menschen aus sozial schwachen Familien in das Förderprogramm aufgenommen. „Arbeitslose Jugendliche können zusätzlich das ‚Culinary Training Program‘, eine sechsmonatige Kochausbildung, abschließen“, sagt Badjie Guerrero-Trinidad, die das Unternehmen von ihrer Mutter übernommen und erfolgreich ausgebaut hat. „Wir sind stolz darauf, dass rund 90 Prozent der Absolventen dieses Sozialprogramms später eine feste Anstellung bei uns im Unternehmen oder aber auf dem freien Markt finden“, fährt sie fort.

Das Unternehmen Cravings, dessen Kochschule als einzige asiatische bei der American Culinary Federation (ACF) akkreditiert ist, hat klein angefangen. In den 1980er Jahren kochte Mutter Susana Guerrero regelmäßig für die Nachbarschaft und hungrige Schulkinder. Nach und nach weitete sich diese Tätigkeit aus und wuchs zu einem kleinen Geschäft heran.

Der Durchbruch kam 1988, als Mutter und Tochter das Catering für eine Präsidenten-Veranstaltung übernahmen: 5000 Menschen mussten für mehrere Tage beköstigt werden. „Da die bisherigen Kapazitäten nicht ausreichten, mussten wir kurzfristig mehrere Küchen anmieten“, erinnert sich Badjie Guerrero-Trinidad, „eigentlich hatte ich damals mit den beruflichen Aktivitäten meiner Mutter gar nichts zu tun. Nachdem wir aber diese riesige Veranstaltung organisiert hatten, war ich begeistert.“

Heute hat sich Susana Guerrero weitgehend aus dem Alltagsgeschäft zurückgezogen. Aber ganz aufhören mag die betagte Dame nicht. Regelmäßig hat sie Deutschland besucht, um sich über Mülltrennung und -vermeidung zu informieren und entsprechende Aktivitäten auch auf den Philippinen umzusetzen. Denn Themen wie Umweltschutz, Recycling und ökologischer Anbau von Lebensmitteln sind heute nicht nur Unternehmenswerte, sondern für Susana Guerrero auch persönlich wichtig.

In der Küche ist mittlerweile das letzte Blech fertig. Marco hebt das Gebäck vorsichtig zum Abkühlen auf ein Gitter. Er betrachtet sein Werk und stellt fest: „Ja, ich glaube, die sind gelungen! Das Wichtigste, das ich gelernt habe, ist beim Backen und Kochen ganz bei der Sache zu sein und seine Seele hineinzulegen.“

Denn auch wenn es nach zwanzig Jahren Unternehmergeist für die Familie Guerrero-Trinidad viele neue Projekte und Programme gibt, etwas wird sich nicht ändern: die Liebe zu und Leidenschaft fürs Kochen. | |

## Private Investitionen tragen zur Entwicklung bei

Die DEG – Deutsche Investitions- und Entwicklungsgesellschaft mbH, ein Unternehmen der KfW Bankengruppe, ist eines der größten europäischen Entwicklungsfinanzierungsinstitute für langfristige Projekt- und Unternehmensfinanzierungen. Sie finanziert und strukturiert seit fast 50 Jahren Investitionen privater Unternehmen in Entwicklungs- und Schwellenländern, um zu nachhaltigem Wachstum und besseren Lebensbedingungen beizutragen. Die DEG hat ihren Sitz in Köln und beschäftigt rund 420 Mitarbeiter. Im vergangenen Jahr förderte sie private Investitionen in Entwicklungsländern mit insgesamt 1,015 Milliarden Euro.

Die unternehmerische Entwicklungszusammenarbeit ist ein wichtiges Element der Entwicklungspolitik: Erfolgreiche, nachhaltig lebensfähige private Unternehmen erzeugen wirtschaftliches Wachstum in den Partnerländern. Sie schaffen Arbeit und Einkommen, tragen durch die Herstellung wettbewerbsfähiger Produkte zu einer verbesserten Devisenbilanz der Länder und durch Steuerzahlungen zu Staatseinnahmen bei und erhöhen die Wertschöpfung im Land, indem lokal verfügbare Ressourcen weiter verarbeitet werden.

Die DEG investiert in rentable, nachhaltig entwicklungswirksame Projekte in allen Wirtschaftssektoren: von der Agrarwirtschaft über die verarbeitende Industrie und Dienstleistungen bis zur Infrastruktur. Ein weiterer Schwerpunkt sind Investitionen in den Finanzsektor, um vor Ort einen verlässlichen Zugang zu Kapital zu ermöglichen. Die DEG engagiert sich ausschließlich in privatwirtschaftlichen Projekten, die entwicklungspolitisch sinnvoll, umwelt- und sozialverträglich sind.

Die Förderung privatwirtschaftlicher Investitionen in den Bildungssektor ist ein wichtiger Schwerpunkt der DEG. Im Rahmen der unternehmerischen Entwicklungszusammenarbeit finanziert sie private Universitäten, berufliche Bildungsstätten, Sprachschulen und andere privatwirtschaftliche Bildungsträger. | |

# Theorie alleine reicht nicht

## In Uganda schafft die Berufsausbildung neue Chancen auf Arbeitsplätze

**In Uganda sind viele junge Männer und Frauen arbeitslos. Dabei gibt es in dem ostafrikanischen Land jede Menge Arbeit – aber es fehlt an gut ausgebildeten Schreibern, an Automechanikern, Krankenschwestern oder Köchen. Wenn junge Menschen sich fundierte berufliche Fähigkeiten aneignen, haben sie gute Chancen, einen Arbeitsplatz zu finden.**

Die ugandische Regierung möchte Berufseinsteiger möglichst gut qualifizieren. Die KfW förderte im Auftrag des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) in den vergangenen zehn Jahren die Arbeit von rund 100 Berufsbildungszentren. Sie finanzierte Ausstattungen, Weiterbildungsangebote und Öffentlichkeitsmaßnahmen, um den Ruf von Berufsbildung zu verbessern. Durch das Programm wurden und werden insgesamt rund 44.000 Jugendliche, darunter 18.000 Mädchen, für einen Beruf ausgebildet. Daran beteiligt sind unter anderem auch die Deutsche Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit (GTZ), der Deutsche Entwicklungsdienst (DED) und die Bildungsagentur Internationale Weiterbildung und Entwicklung (InWEnt).

Berufsbildung ist in Uganda bislang gesellschaftlich nur wenig verankert. Die meisten Jugendlichen streben nach wie vor eine weiterführende Schulbildung an einer Sekundarschule an und hoffen auf einen Studienplatz – obgleich selbst ein Hochschulabschluss keine Garantie für eine spätere Beschäftigung ist. Daher wäre für viele Jugendliche eine praxisnahe Berufsausbildung die bessere Wahl. Doch das Angebot an Berufsschulen ist begrenzt und die Ausstattung der Zentren meist unzureichend.

### | Wettbewerb sichert die Qualität

Zudem ist die Ausbildung meist sehr theoretisch und orientiert sich nicht genügend an den Anforderungen des jeweiligen Berufs: „Wir haben Berufsbildungszentren ganz ohne Werkzeuge oder Werkstätten gesehen. Ein Lehrer erklärte an einer Tafel, wie ein Verbrennungsmotor funktioniert. Wie man einen Motor repariert, kann man aber nicht nur theoretisch lernen. Ein angehende Mechaniker muss auch wissen, wo er den Schraubenschlüssel ansetzt“, sagt der Bildungsexperte Helmut Heinen, der das ugandische Ministerium bei der Umsetzung des Programms unterstützte.

Bei diesem Programm müssen sich die Berufsbildungszentren um Fördermittel bewerben. Bei der Auswahl der Zentren wird geprüft, ob die Investitionspläne logisch aufgebaut und Erfolg versprechend sind. Auch die bisherigen Leistungen der Zentren werden bei der Auswahl berücksichtigt. Durch diesen Wettbewerbsgedanken ist garantiert, dass nur professionelle und solide wirtschaftende Institute finanziell unterstützt werden. Dadurch wird die Nachhaltigkeit der Investitionen erhöht.

Die KfW hilft nicht nur konzeptionell, sondern auch mit ihren Fördermitteln dabei, Klassenräume und Werkstätten zu erweitern und Maschinen und Werkzeuge zu finanzieren. Dabei müssen die Berufsbildungszentren einen Teil der Leistungen selbst übernehmen. Die Ausstattung der Übungswerkstätten gilt als besonders wichtig – schließlich soll praxisnah unterrichtet werden. Um einen nachhaltigen und profitablen Betrieb der Berufsbildungszentren zu unterstützen, nehmen die Direktoren der Berufsbildungszentren an Management-Trainingskursen teil und die Ausbilder der Zentren verbessern ihre technischen und pädagogischen Kenntnisse durch Workshops und Seminare.

Die Ausweitung des Angebots ist wichtig. Gleichzeitig muss der Ruf von Berufsbildung in Uganda verbessert werden. Denn je besser das Image von Berufsbildung, desto höher wird die Nachfrage nach Ausbildungsplätzen und die Qualifikation der Bewerber sein. Im Rahmen des Programms wurde eine Fernsehserie produziert, in der auf anschauliche Weise männliche und weibliche Handwerker als Vorbilder für junge Menschen dargestellt werden. | |

**In Uganda fördert die KfW Entwicklungsbank seit zehn Jahren rund 100 Berufsbildungszentren: Junge Männer und Frauen werden zu Schreibern, Automechanikern, Krankenschwestern oder Köchen ausgebildet.**



Foto: Alastair Penny

# Die Hochschule kommt zu den Studierenden

In Guatemala können junge Menschen auf dem Land die Universität besuchen

In den ländlichen Regionen Guatemalas haben Kinder aus armen und indigenen Familien kaum eine Chance auf einen Hochschulabschluss. Damit sie trotzdem zu Fach- und Führungskräften ausgebildet werden können, hat die Jesuitenuniversität Rafael Landívar neue Wege eingeschlagen.

„Wenn die Studenten nicht zur Universität kommen, dann muss die Universität zu den Studierenden gehen.“ Mit Hilfe der KfW baut die Universität Landívar seit einigen Jahren ihre Regionalzentren aus – und ist damit ein Pionier in Guatemala. „Mit diesem Programm leisten wir nach den vielen Jahren des Bürgerkrieges in Guatemala einen wichtigen Beitrag, um den Friedensprozess zu festigen“, betont Rüdiger Hartmann, Abteilungsleiter in der KfW Entwicklungsbank.

Die Universität Landívar ist eine wichtige Kraft in diesem Friedens- und Versöhnungs-

**Die Jesuitenuniversität Rafael Landívar hat in ländlichen Regionen Guatemalas Regionalzentren ausgebaut. Für junge Leute, die hier studieren möchten, gibt es auch ein Stipendienprogramm.**

prozess. Sie hat es sich zum Ziel gesetzt, die Kluft zwischen Arm und Reich, zwischen der indigenen Landbevölkerung und der mehrheitlichen hispanischen Elite zu verringern – eine verbesserte Bildung ist dabei ein Schlüsselfaktor.

## | Zentren komplett neu eingerichtet

„Für Kinder aus armen Familien im Landesinneren war es bis vor wenigen Jahren fast unmöglich, einen Universitätsabschluss zu erreichen“, berichtet Ingrid Morjan, Direktorin des Stipendienprogramms der Universität Landívar. Das lag nicht nur an der schwierigen wirtschaftlichen Lage vieler Familien und der schlechten Qualität der Grund- und Sekundarschulen, sondern auch daran, dass in abgelegenen Regionen keine Universität in erreichbarer Nähe war. Zum Studium in die Stadt zu ziehen, war „selbst für diejenigen, die die Sekundarschule abschließen konnten, oft nicht machbar“, so Ingrid Morjan.

Die KfW Entwicklungsbank hat deshalb mit bislang sechs Millionen Euro aus dem Haushalt des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) den Ausbau der Regionalzentren der

Universität Landívar gefördert. Zentren in den Orten Huehuetenango und Zacapa wurden komplett neu errichtet und ausgestattet; das Regionalzentrum in der Hochlandregion von La Verapaz renoviert und erweitert. Hinzu kam ein Stipendienprogramm für Studierende.

## | 3500 Studierende an den Regionalzentren

Gleichzeitig hat die Universität auf die Regionalzentren und die Situation der ländlichen Studierenden zugeschnittene Lehrmaterialien entwickelt und Dozenten fortgebildet. Das Ausbildungsangebot reicht von Forst- und Gartenwirtschaft über Sozialarbeit und Rechtswissenschaften bis zum Diplom für interkulturelle und bilinguale Ausbildung. „Insgesamt studieren jetzt mehr als 3500 junge Menschen an den drei Regionalzentren“, fasst Ingrid Morjan zusammen, „die Hälfte davon sind junge Frauen.“

Die erfolgreiche Zusammenarbeit soll fortgesetzt werden. Mit weiteren acht Millionen Euro wird das Netz der Regionalzentren ausgebaut und die Qualität der Ausbildung verbessert. Zusätzlich erhalten 200 Studierende neue Stipendien. | |

Foto: Universität Landívar



Foto: Christian Lütke Wöstmann



Dieses Dossier ist eine Beilage zur Ausgabe 12/2010 von welt-sichten.

Konzept und Redaktion:  
Wolfgang Bichmann und  
Michael Ruffert (KfW),  
Anja Ruf (im Auftrag von welt-sichten)

Gestaltung: Angelika Fritsch, Silke Jarick

Texte: Wolfgang Bichmann, Barbara Bürkin,  
Ulrich Jahn, Christian Lütke Wöstmann, Jens  
Pulkowski, Michael Ruffert, Gunnar Wälz-  
holz, Isabel Youla (alle KfW) und Andreas  
Ziesmann (DEG)

Verantwortlich i.S.d.P.:  
Michael Seyler, KfW Bankengruppe

Redaktion „welt-sichten“  
Postfach 50 05 50  
D-60394 Frankfurt/Main  
www.welt-sichten.org

## UNSER PROGRAMM FÜR DIE ZUKUNFT:

# Menschen in Entwicklungsländern Perspektiven bieten.



Ein Kleinkredit für Nähmaschine und Stoff ist Grundlage für eine neue Existenz. Aber wir geben mehr als Kredit. Wir fördern weltweit Reformen, Infrastruktur und Finanzsysteme für ein sozial und ökologisch verträgliches Wachstum – und das seit über 45 Jahren. Mehr Informationen über die KfW Bankengruppe erhalten Sie unter [kfw.de](http://kfw.de) oder unter

Tel. +49 69 74310

Die Zukunftsförderer